Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/357
06. 05. 77

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages

am Donnerstag, dem 12. Mai 1977

Seite

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wann und mit welchem Inhalt will die Bundesregierung die aus dem Jahr 1938 stammende Arbeitszeitordnung novellieren?

2. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um darauf hinzuwirken, daß in Zukunft weniger Überstunden gefahren werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

3. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich des Inhalts der nach § 75 Abs. 3 des Arzneimittelgesetzes zu erlassenden Verordnung, und wann ist mit der Zuleitung des Entwurfs an den Bundesrat zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

4. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Mit welchen Mitteln sorgen die Gesellschaft für Kernforschung und die Kernforschungsanlage Jülich dafür, daß sie alle Einnahmen erhalten, die ihnen aus der industriellen Nutzung der dort gemachten Erfindungen und Patente zustehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

5. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich des Inhalts der von ihr ins Auge gefaßten Verordnung über die berufliche Fortbildung zum geprüften Pharmareferenten, und wann ist mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung zu rechnen?

6. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Auf welche konkreten Tatsachen gründete der Bundeskanzler seine Ankündigung an die Arbeitgeber, die Bundesregierung werde die Berufsausbildungsabgabe sofort einführen, wenn die Versprechungen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze für Jugendliche nicht erfüllt würden, und müßte eine solche Maßnahme nicht eine weitere Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft der Unternehmer darstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

7. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	In welchem Umfang und auf welchen Wegen unterstützen die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in ausländischen Staaten die Auslandsgeschäfte deutscher Firmen, und wie gestaltet sich dabei die Zusammenarbeit zwischen den beiden zuständigen Bundesministerien Auswärtiges Amt und Bundeswirtschaftsministerium, wobei insbesondere die Frage der Besetzung der Botschaften mit sachverständigen Wirtschaftsreferenten von Bedeutung ist?
8. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung anders als in der Vergangenheit zukünftig die Turnhallenkonferenz in Windhuk bei ihren Vorbereitungen zur Unabhängigkeit Südwestafrikas unterstützen, und ist die Bundesregierung bereit, zum Aufbau der dann erforderlichen Verwaltung und zur Nutzung der Bodenschätze entsprechende technologische und finanzielle Hilfe zu leisten?
9. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in Verhandlungen mit den drei Alliierten darauf hinzuwirken, eine erneute Flugpreiserhöhung im Berlin-Flugverkehr in Höhe der von den alliierten Fluggesellschaften geforderten 7 % zu verhindern, wenn man davon ausgeht, daß die letzte Flugpreiserhöhung im Mai 1976 9,6 % betragen hat und die Flugpreise seit 1970 bei sieben Verteuerungen sich inzwischen zum Teil verdoppelt haben und für Normalbürger beinahe eine unerschwingliche Höhe erreicht haben?
10. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß in unverzüglich durchzuführenden Verhandlungen mit den verantwortlichen Stellen der Drei Mächte die politische Bedeutung der Preisgestaltung des Flugverkehrs von und nach Berlin-West gegenüber den wirtschaftlichen Überlegungen wieder in den Vordergrund gerückt werden sollte, um den einzig unkontrollierten Zugang von und nach Berlin-West offen zu halten, wobei besonders hervorzuheben wäre, daß dieser Flugverkehr außerhalb jeden Wettbewerbs einen quasi Monopolcharakter besitzt?
11. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Hat sich die Bundesregierung eine Meinung zu Berichten über den Militärattaché der chilenischen Botschaft in Bonn, Oberst Christian Ackerknecht, gebildet, dem insbesondere in Presseberichten vorgeworfen wird, für Folterungen chilenischer Staatsbürger verantwortlich zu sein, und ist die Bundesregierung, falls sich diese Berichte als zutreffend herausstellen sollten, bereit, unter Heranziehung der Menschenrechtscharta der UNO und der von allen demokratischen Parteien gemeinsam getragenen Ächtung von Folterungen alle politisch möglichen Schritte einzuleiten, um eine Ablösung des Militärattachés zu erreichen?
12. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Kennt die Bundesregierung nachfolgende Äußerung des Sportministers der UdSSR, Sergej Pawlow, vom 23. März 1977 in Radio Moskau, „Allerdings entfaltete sich eine recht heftige Diskussion über die mit Westberlin zusammenhängenden Probleme.

Manche Leute in der BRD möchten, daß Westberlin auch in sportlicher Hinsicht als ein Teil der BRD betrachtet wird. Wir konnten uns natürlich nicht mit einer solchen Auslegung einverstanden erklären, weil wir uns an die Leitsätze des Vierseitigen Westberlin-Abkommens halten. Während der Verhandlungen betonten wir ständig, daß wir gegenüber Westberlin vom Vierseitigen Abkommen ausgehen", und wie bewertet sie diese Äußerung im Zusammenhang mit dem Protokoll vom 29. März 1977?

13. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung den Auffassungen von Präsident Carter über die verschiedenen Wege einer wirksamen Menschenrechtspolitik zu, wie er sie in seinen letzten Interviews im Fernsehen und gegenüber europäischen Journalisten vertreten hat und wie sie in der Rede von Außenminister Cyrus Vance vor der Universität Georgia präzisiert wurden?

14. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Macht die Bundesregierung den Abschluß von bilateralen Vereinbarungen über Jugend- und Kulturaustausch vom vertraglichen Verbot jeder Diskriminierung der Teilnehmer und der Teilnahmebewerber wegen ihrer sprachlichen, nationalen oder sozialen Herkunft, wegen ihrer – mit der Ordnung des freiheitlichen Rechtsstaats zu vereinbarenden – politischen Überzeugung und Verbandszugehörigkeit im Sinne von Artikel 2 des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte abhängig?

15. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Dezimierung der kambodschanischen Bevölkerung durch willkürliche Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung (Vertreibung, Krankheit, Gewalt und Massenevakuierung) vor, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um einen Beitrag dazu zu leisten, daß dem in Kambodscha nicht auszuschließenden Völkermord Einhalt geboten wird?

16. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um einen Beitrag zur Linderung der Notlage in kambodschanischen Flüchtlingslagern (angeblich über 10 000 kambodschanische Flüchtlinge allein in Thailand) zu leisten, und wie viele Flüchtlinge aus Indochina wurden auf Grund der Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland, bis zu 1 000 Flüchtlinge aufzunehmen, tatsächlich bisher aufgenommen?

17. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Ergebnisse hat der in den vergangenen Jahren ausgehandelte abgeschlossene Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR für die Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen und für die deutsche Bevölkerung an der tschechischen Grenze im besonderen gebracht, und gibt es Verhandlungen mit dem Ziel, in nächster Zeit den Handel und den Besucherverkehr zu erleichtern?

18. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Gibt es mittel- oder langfristige Verträge bzw. Perspektiven zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR über die Einfuhr von Kohlen für die ostbayerische Elektrizitätswirtschaft, und um welche Mengen handelt es sich gegebenenfalls dabei?

19.	Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung das Verlangen und die Prozedur der Tschechoslowakei, daß ein sogenannter Republikflüchtling erst einen gültigen Reisepaß in Höhe von 5 000 DM bis 6 000 DM erwerben muß, bis er einen Antrag auf legale Ausbürgerung stellen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

20.	Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)	Wer hat die Bundesregierung veranlaßt, das Projekt eines Luftschiffs für den afrikanischen Güterverkehr zu entwickeln?
21.	Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung in irgendeiner Form nahegelegt worden, ein bestimmtes Unternehmen mit der Erprobung und der Entwicklung zu beauftragen, und bejahendenfalls von wem?
22.	Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)	Bestehen irgendwelche Zusammenhänge zwischen den Tatsachen, daß ein bestimmtes Unternehmen mit der Erprobung des Luftschiffs beauftrag wurde und daß dasselbe Unternehmen für den Wahlkampf der SPD 120 Freiflüge zur Insel Sylt durchgeführt und den Wagenpark des Unternehmens eingesetzt hat?
23.	Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)	Haben sich die Kosten für die Erprobung des Luftschiffs in Afrika gegenüber dem Ansatz beinahe verdoppelt, und bejahendenfalls, warum?
24.	Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)	Konnte das zuständige Bundesministerium nicht mit einem Minimum an Aufwand herausfinden, was der deutsche Botschafter in Ghana errechnete, daß nämlich „das neu zu bauende Lasten-Luftschiff mit 30 Tonnen Ladefähigkeit für den Abflug einer (Ghanaer) Jahresernte von etwa 500 000 Tonnen ca. 25 Jahre brauchen würde“?
25.	Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, daß eine private norddeutsche Firma angeboten hat, das zum Transport von Lasten in Entwicklungsländern zu entwickelnde Luftschiff wesentlich billiger zu bauen und zu erproben als zunächst im Einzelplan 23 des Bundeshaushalts vorgesehen, und aus welchen Gründen ist eine Ausschreibung des Erprobungsauftrags unterblieben?
26.	Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Warum hat die Bundesregierung nicht veranlaßt, daß für das Projekt eines in den Entwicklungsländern einzusetzenden Luftschiffs nicht zuerst die weit weniger kostspieligen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und erst anschließend die technische Erprobung durchgeführt worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

27.	Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung bei den Überlegungen zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes, für technische Aufstiegsbeamte und Aufstiegsbeamte aus dem Polizeidienst die Anstellung in Besoldungsgruppe A 10 wiederherzustellen?
28.	Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)	Wird die Bundesregierung im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum sechsten Besoldungserhöhungsgesetz die Frage wohlwollend prüfen, ob den Beamten des einfachen Dienstes in Besoldungsgruppe A 5 eine Amtszulage gewährt werden kann?

29. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Staatsanwaltschaft Bonn entgegen ihrer Absicht kein Ermittlungsverfahren nach § 353c StGB wegen der Veröffentlichung der Abhöraktion gegen Klaus Traube gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" einleiten kann, weil die Bundesregierung die erforderliche Ermächtigung bisher nicht erteilt hat und auch nicht erteilen wird?

30. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wann gedenkt die Bundesregierung, die Rechtsverordnung zum § 15 des Abfallbeseitigungsgesetzes zu erlassen?

31. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wird die zu erlassene Rechtsverordnung die fachliche Stellungnahme des Instituts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamts Berlin-Dahlem berücksichtigen und ein Verbot der Verregnung von biologisch ungeklärten Abwässern enthalten?

32. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie viele Beschäftigte von kerntechnischen Anlagen werden vom Verfassungsschutz überprüft bzw. überwacht, und wie hoch dürfte die Zahl bei der Verwirklichung einer Kernkraftwerksleistung von 30 000 MW im Jahr 1985 sein?

33. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an der Grundaussage des Weißbuchs 1972 über die Zivile Verteidigung fest, daß die Zivile Verteidigung ein untrennbarer und unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung ist, oder schließt sie sich der in der letzten Zeit verschiedentlich zu hörenden Auffassung an, daß der Zivilschutz keinesfalls auf die gleiche Stufe mit den militärischen Verteidigungsanstrengungen zu stellen sei und andere Bemühungen eher ein Schritt auf dem Weg zu einer Kriegsführungsstrategie seien?

34. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mit den Ländern darüber zu verhandeln, daß Kosten und Schäden von Gewaltdemonstrationen künftig laufend erfaßt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

35. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Mehraufwand bei Dienstreisen im Bereich verschiedener Oberfinanzdirektionen von einzelnen Finanzämtern abweichend von dem in den Lohnsteuer-Richtlinien im einzelnen festgelegten Pauschalbetrag nur mit einem Teilbetrag und in unterschiedlicher Höhe anerkannt wird (Bericht der Wirtschaftswoche vom 29. April 1977), und wenn ja, was hat die Bundesregierung getan, um dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen?

36. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beim Abzug als Werbungskosten als Ausgaben für Arbeitskleidung ohne Einzelnachweis Pauschalbeträge zwischen 80 DM und 250 DM und sogar bis zu 300 DM anerkannt werden und daß die Anerkennung der Höhe des Betrags sogar innerhalb einzelner Finanzämter schwankt (Bericht der Wirtschaftswoche vom 29. April 1977), und wenn

ja, was hat die Bundesregierung getan, um für eine einheitliche Besteuerungspraxis und somit eine Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf diesem Gebiet zu sorgen?

37. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß der Senatszuschuß für Berlin-Flüge nicht bezahlt wird, wenn Start- und Zielort im Bundesgebiet nicht identisch sind, nicht für eine Benachteiligung jener Bundesbürger, die auf Grund ihres Wohnorts und der damit verbundenen Anfahrtswege variabel sein wollen?

38. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß im Rahmen des § 33b des Einkommensteuergesetzes der Pauschbetrag für Blinde und für Körperbehinderte bei ständiger Hilflosigkeit in Höhe von 7 200 DM auch für schwerstbehinderte Kinder gewährt werden muß, deren Behinderung nur geistig ist, und ist die Bundesregierung bereit, die entsprechenden Initiativen zu ergreifen?

39. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher statistischer Unterlagen hat die Bundesregierung die Mindereinnahmen bei Verzicht auf die Besteuerung des Nutzungswerts der eigengenutzten Wohnung für die Steuerreformkommission und die Mehreinnahmen, die sich im Zusammenhang mit der Einführung der Einheitswerte 64 für die Besteuerung des Nutzungswerts der eigengenutzten Wohnung angegeben wurden, ermittelt?

40. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Worauf ist zurückzuführen, daß im Vergleich mit diesen Ermittlungen nunmehr der jährliche Steuerausfall mit über 1/2 Milliarde DM veranschlagt wird (Anfragen 38 und 39 in Drucksache 8/285 und Anlage 85 im Stenographischen Bericht über die 23. Sitzung)?

41. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es im Sinne der steuerlichen Gerechtigkeit für vertretbar, daß Bürger, die zwischen dem 8. Mai 1973 und dem 31. Dezember 1973 ihren Bauschein für ein Einfamilienhaus erhielten, von dem Steuervorteil des § 7 b ausgeschlossen bleiben, oder soll auch dieser Personenkreis in die ausstehende Neuregelung einbezogen werden?

42. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß zum Nachweis von abzugsfähigen Sonderausgaben von den einzelnen Finanzämtern und sogar innerhalb der einzelnen Ämter unterschiedliche Anforderungen an die Art und den Umfang der Belege gestellt werden (Bericht der Wirtschaftswoche vom 29. April 1977), und wenn ja, worauf beruhen diese Unterschiede, und wird die Bundesregierung auf eine Vereinheitlichung der Praxis – nötigenfalls durch entsprechende Richtlinien – hinwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

43. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eintägige Lande- und Startübungen des Senkrechtstarters Harrier in einem Naturpark irreparable Schäden an Flora und Fauna, insbesondere im Hinblick auf die Brutzeit der Vögel, verursachen, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

44. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Trifft es zu, daß in zahlreichen Einzelfällen Auszubildende während ihrer Ausbildungszeit zum Wehrdienst einberufen wurden, was für die Auszubildenden zu erheblichen und vermeidbaren Härten geführt und in den Betrieben zu einer Blockierung von Ausbildungsplätzen beigetragen hat, und ist gegebenenfalls die Bundesregierung bereit, die Einberufungspraxis flexibler zu gestalten, damit gerade im Hinblick auf die angespannte Situation auf dem Ausbildungsmarkt vermeidbare Härten vermieden werden?

45. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Warum wird der bereits 1974 angeordnete Auftrag zur Feststellung der psycho-physischen Belastung des fliegenden Personals (Luftfahrzeugführer und Luftfahrzeugbesatzungsangehörige) nicht fortgeführt bzw. abgeschlossen?

46. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Warum werden die inzwischen gewonnenen Meßdaten (z. B. Meßflüge beim LTG 61 Penzing) nicht ausgewertet?

47. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Welche Rechtsgrundlage hatte die vom Bundesrechnungshof beanstandete ermäßigte Kostenberechnung für den SPD-Parteivorsitzenden Brandt anläßlich seiner Reise nach Tel-Aviv?

48. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung sich auf Grund der Beanstandungen des Bundesrechnungshofs zu verhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

49. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung rechtlich sowie politisch die Tatsache, daß Mitgliedern einer Bürgerinitiative in Bergkamen durch eine Elektrizitätsgesellschaft ein Betrag von insgesamt 1,5 Millionen DM versprochen worden ist, um die Genehmigung zum Bau eines Steinkohlenbergwerks durchzusetzen, und was wird sie unternehmen, um derartige Verfahrensweisen, zu denen sich Staatssekretär Bölling bereits am 2. Mai kurz geäußert hat, in Zukunft zu verhindern?

50. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen findet das Seminar der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland zu Fragen auf dem Gebiet der Menschenrechte, wofür im Einzelplan 07 ursprünglich 70 000 DM bereitgestellt waren, nun doch nicht statt?

51. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, aus welchen Quellen die privaten Einrichtungen finanziert wurden, die sich die in Stammheim inhaftierten Terroristen zugelegt haben, und mit welchen Mitteln die große Zahl der von ihnen abonnierten Zeitungen und Zeitschriften bezahlt werden?
52. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Wie viele der 123 wegen terroristischer Gewalttaten rechtskräftig Verurteilten sind inzwischen bereits wieder aus der Haft entlassen worden und dann wieder in den Untergrund gegangen, und wie viele der verbleibenden Verurteilten werden in den nächsten zwei bzw. vier Jahren entlassen werden?
53. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Wie lange war bei allen diesen rechtskräftig verurteilten Terroristen die durchschnittliche Zeitspanne zwischen Festnahme und rechtskräftigem Urteil?
54. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Verstoßen Anzeigen wie das anscheinend von „Suzuki Deutschland", Heppenheim, aufgegebene Inserat mit dem Werbespruch „Die Sportkanone für Scharfschützen" für das Motorrad gleichen Namens bereits nach geltender Rechtslage gegen Straf- und andere Vorschriften, und wenn nein, wird die Bundesregierung dies zum Anlaß einer gesetzgeberischen Initiative nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

55. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Wie hoch ist die Verschuldung der Volksrepublik Polen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland seit 1970, und wie hoch sind die von der Bundesregierung seit 1970 verbürgten Kredite an die Volksrepublik Polen?
56. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Wie ist die derzeitige Situation des Arbeitsmarkts in Berlin, und welche Entwicklung verzeichneten die Investitionen der Wirtschaft in Berlin im Verlauf der letzten Jahre?
57. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Welche Vorstellungen für die Stärkung der wirtschaftlichen Situation Berlins hat die Bundesregierung?
58. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)	Auf welche konkreten Tatsachen gründete Bundeskanzler Schmidt seine Aufforderung an die Arbeitgeber bei der zentralen Mai-Kundgebung des DGB in Köln, endlich Schluß zu machen „mit der Miesmacherei und mit der Investitionsunlust", und kann mangelnde Investitionsbereitschaft nicht auch ihre Ursachen in einem Fehlverhalten der Bundesregierung haben?
59. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)	Wird die Bundesregierung trotz der in letzter Zeit zunehmenden Kritik aus verschiedenen Kreisen von Energieversorgungsunternehmen und von Energiewissenschaftlern an der Fernwärme weitere Maßnahmen zur Förderung der Fernwärme, insbesondere zur Verdichtung und optimalen Nutzung vorhandener innerstädtischer Fernwärmenetze, ergreifen, und wenn ja, um welche Maßnahmen wird es sich handeln?

60. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Trifft die in der Zeitschrift „PS – die Motorradzeitung“ Heft 3, März 1977, Seite 17, dargelegte Vermutung zu, daß auf der Grundlage des § 10 Abs. 2 der Tarifverordnung bezüglich der Schadenbedarfsstatistik Manipulationen möglich sind, weil der HUK-Verband nicht daran gehindert werden könne, in der Einzelstatistik die genügend große Anzahl „aus denjenigen Unternehmen zusammenzusuchen, die in der Motorradhaftpflicht schlecht abgeschnitten haben“, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls eine Novellierung des entsprechenden Paragraphen vornehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

61. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wird die Bundesregierung nach Inkrafttreten des Bundesnaturschutzgesetzes am 21. Dezember 1976 die Naturparks aus Bundesmitteln weiter regelmäßig fördern, um sie bei ihren Aufgaben im Rahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu unterstützen, insbesondere auch unter dem Aspekt, daß die Förderung durch Bundesmittel die Grundlage für zusätzliche Auftragserteilungen an Unternehmen schaffen würde, was auch im Hinblick auf eine Strukturpolitik sinnvoll erscheint?

62. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Beträge werden im Jahr 1977 und 1978 von der Bundesregierung für die Naturparks im Haushalt des Bundes zur Verfügung stehen, und nach welchen Kriterien werden diese Mittel vergeben?

63. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in den angekündigten Bemühungen erfolgreich gewesen, im Tauschweg mit anderen Ostseeanlieger-Staaten die deutsche Dorschfangquote in der Ostsee zu erhöhen, oder ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die bisherige Quote von 18 000 t für 1977 nach schwedischem Vorbild für nicht ausreichend zu erklären, um nicht innernationale Grenzen der Fangrechte zwischen Nord- und Ostsee künstlich errichten zu müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

64. Abgeordneter **Bühler (Bruchsal)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Beschluß der Deutschen Bundesbahn, vom Jahr 1978 an den Austausch von Eisenbahnerkindern zwischen der SNCF und der Deutschen Bundesbahn, einzustellen, zu überprüfen, insbesondere angesichts der Tatsachen, daß zum einen die Deutsche Reichsbahn (DDR) seit Jahren ähnliche Kontakte mit der SNCF zu knüpfen versucht, deren Ablehnung von der SNCF mit der Begründung erfolgte, der Jugendaustausch werde schon mit der Deutschen Bundesbahn vollzogen, und zum anderen der über das deutsch-französische Jugendwerk abgewickelte deutsch-französische Jugendaustausch in den letzten Jahren vom Umfang her erheblich zurückgegangen ist?

65. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie hoch wäre die Energieeinsparung im Verkehrsbereich und am gesamten Endenergieverbrauch bei Einführung einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen, und gedenkt die Bundesregierung, angesichts des Energiesparpotentials eine Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen?

66. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Stellungnahme der Bundesanstalt für das Straßenwesen zum Problemkreis „Tempo 100 für Omnibusse auf Autobahnen", und sind in nächster Zeit von der Bundesregierung Maßnahmen (gegebenenfalls welche) auf diesem Gebiet zu erwarten, die den derzeitigen Zustand abändern?

67. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse (vor allem aus den USA) über die Frage, in welchem Umfang durch Drogen allein (z. B. durch Betäubungsmittel, Rauschgifte usf.) die Fahrtüchtigkeit beeinflußt wird und dadurch eine starke Minderung der Fahrtüchtigkeit nachweisen konnten, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

68. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um das vom ADAC und vom Bundeskartellamt festgestellte „Verschleißkartell" bei Auspuffen von verschiedenen Pkw's der deutschen Automobilindustrie zu beseitigen und einen dauerhaften und damit rostfreien Auspuff im Interesse der Verbraucher und des Umweltschutzes allgemein für alle Pkw's einzuführen?

69. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die vom ADAC geforderte Garantiezeit – wenn nicht von der Automobilindustrie freiwillig – gesetzlich eingeführt wird?

70. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Gibt es eine Statistik, aus der hervorgeht, inwieweit bei Sraßenverkehrsunfällen, an denen Motorradfahrer beteiligt waren, diese daran schuldhaft beteiligt gewesen sind, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine solche Statistik erstellen lassen?

71. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, anstelle bisheriger sehr unterschiedlicher Ortsnetze die Einführung eines bürgerfreundlichen Telefonnahbereichs, durch den auch der Kontakt beispielsweise zu Kreisbehörden möglich wird, vorrangig zu behandeln und die eventuelle Notwendigkeit eines großzügigen Zeittakts erst nach öffentlicher Darlegung der wirtschaftlichen und technischen Begründungsdaten zu erwägen?

72. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Welche grundsätzliche Notwendigkeit sieht die Deutsche Bundespost für die Einführung eines Zeittakts, wie schätzt sie die Folgewirkungen für den Bürger in der Telefonbenutzung ein, und wie sehen die Überlegungen der Deutschen Bundespost für die Amortisation der für die Einführung eines Zeittakts notwendigen Investitionen aus?

73. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Müssen die geplanten Nahbereiche im Fernsprechverkehr nicht unterschiedlich gestaltet werden, also in dünner besiedelten Regionen größer sein, wenn diese Maßnahme mehr Tarifgerechtigkeit zwischen Stadt und Land herbeiführen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

74. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der enttäuschenden Entwicklung der Auftrags- und Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft so schnell wie möglich ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm aufzulegen, um ein weiteres Absacken der Baukonjunktur und der Wohnungsbauproduktion mit der Gefahr erneuter Versorgungsengpässe auf dem Wohnungssektor zu verhindern, und bis wann ist die Bundesregierung in der Lage, in ihrer mittelfristigen Finanzplanung verbindlich den ab 1978 für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung stehenden Förderungsrahmen festzulegen und damit die Ungewißheit über die ab diesem Zeitpunkt für den Wohnungsbau noch zur Verfügung stehenden Förderungsmitteln zu beseitigen?

75. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der gegenwärtigen Auftrags- und Beschäftigungslage die Wettbewerbssituation in der Bauwirtschaft, und welche Bedeutung mißt sie in diesem Zusammenhang Vorschlägen bei, für die Vergabe öffentlicher Aufträge ein Vorsubmissionsverfahren einzuführen, wie es bereits in anderen Ländern erfolgreich praktiziert wird?

76. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind zukünftige Haushalte des Bundes dadurch vorbelastet, daß die Refinanzierung für das vom Bund allein zu tragende Regionalprogramm auf dem Kapitalmarkt stattfindet und die Zinslast sich von Jahr zu Jahr erhöht?

77. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden andere Mittel, die der Bund zur Förderung des Städte- und Wohnungsbaus zur Verfügung stellt, ebenfalls auf dem Kapitalmarkt beschafft, und wie sieht die Zinsbelastung für die künftigen Haushalte des Bundes aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

78. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Regierung der „DDR" in einer Geheimanweisung bestimmt hat, Ausreiseanträge von Bewohnern Mitteldeutschlands in die Bundesrepublik Deutschland seien grundsätzlich rechtswidrig und müßten mit „arbeits- und strafrechtlichen Mitteln" geahndet werden?

79. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung gegebenenfalls bisher unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um diesen klaren Bruch der von der „DDR“ unterschriebenen Pakte der UN über bürgerliche und politische sowie über soziale Rechte und den Verstoß gegen die Schlußakte der KSZE, in der auf diese Pakte Bezug genommen wurde, zu unterbinden?

80. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Regierung der DDR mit einer vertraulichen Verschlußsache vom 8. März 1977 ihre nachgeordneten Behörden angewiesen hat, alle Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland als „grundsätzlich rechtswidrig“ zu behandeln?

81. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegebenenfalls unter Bezug auf die innerdeutschen Verträge und die Schlußakte der KSZE von Helsinki eingeleitet, um ausreisewillige Bürger der DDR vor strafrechtlicher Verfolgung oder sonstigen Benachteiligungen zu schützen?

82. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

In welchen Strafanstalten der DDR überwiegt nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl der sogenannten politischen Häftlinge die der kriminellen Häftlinge?

83. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß in den Strafanstalten der DDR kriminelle Häftlinge zu Spitzeldiensten gegen die sogenannten politischen Häftlinge eingesetzt werden, und ist ein derartiges Vorgehen mit den Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vereinbar, dem auch die DDR beigetreten ist?

84. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie viele Häftlinge sitzen derzeit nach den Erkenntnissen der Bundesregierung wegen sogenannter politischer Delikte in der DDR in Untersuchungshaft, wie viele in Strafhaft, und welche Veränderungen haben sich bei diesen Zahlen in den letzten fünf Jahren ergeben?

85. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (z. B. Stern vom 5. Mai 1977) zu, wonach in jeder Strafanstalt sogenannte Tigerkäfige, womit enge, unbeheizte im Keller gelegene und abgedunkelte Einzelzellen bezeichnet werden, vorhanden sind, in denen zusammenhängend bis zu 21 Tagen besonders strenge Haft wegen Verletzung bestimmter Vorschriften für Häftlinge verbüßt werden muß?

86. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Ist verschärfte Einzelhaft in den Strafanstalten der DDR in sogenannten Tigerkäfigen, die widersetzlichen Häftlingen, nach Pressemeldungen aus jüngster Zeit aber auch bereits aus dem Jahr 1976 zufolge, von den Gefängnisverwaltungen auferlegt wird, nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Anfang 1976 in Kraft getretenen „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ vereinbar, den auch die DDR mit völkerrechtlich verbindlicher Wirkung beigetreten ist?

87.	Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)	Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß der in der DDR inhaftiert gewesene Schriftsteller Sigmar Faust insgesamt 63 Tage in verschärfter Einzelhaft in einer unbeheizten, verdunkelten und unmöblierten Kellerzelle, einem sogenannten Tigerkäfig, zu verbringen hatte, und sind der Bundesregierung weitere ähnliche Fälle bekannt?
88.	Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach in den Haftanstalten der DDR, insbesondere in der Untersuchungshaft, psychische Behandlungsmethoden systematisch praktiziert werden, die als Terror bezeichnet werden können, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß derartige Praktiken mit dem „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte" unvereinbar sind, der seit Anfang 1976 auch in der DDR Geltung besitzt?
89.	Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß in den Haftanstalten der DDR insbesondere gegenüber Untersuchungshäftlingen nächtliche Dauerverhöre bei Schlafverbot am darauffolgendem Tage üblich sind?
90.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Wie viele Bewohner der Bundesrepublik Deutschland werden nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der DDR gegenwärtig in Untersuchungshaft festgehalten und wie viele verbüßen eine Strafhaft?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluß der Genfer Völkerrechtskonferenz über den rechtlichen Status von Guerillas?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken gegen die zur Zeit praktizierte bzw. beabsichtigte Erhöhung der Lagerkapazitäten von Plutonium im Betriebsbereich von Kernreaktoranlagen, vor allem aber auch auf dem Werksgelände der NUKEM in Hanau-Wolfgang?
3. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Wird durch die Erhöhung der Kapazität und der Einlagerungsmenge von Plutonium auf dem Werksgelände der NUKEM in Hanau-Wolfgang die Sicherheit der Bevölkerung im Raum Hanau und Aschaffenburg gefährdet?
4. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Wann gedenkt die Bundesregierung, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt zu beauftragen, einen Antrag gemäß § 9 b des Atomgesetzes betr. die Auswahl einer Endlagerungsstätte für Energieabfallstoffe zu stellen?
5. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Sind der Bundesregierung die Zahl der Fälle bekannt, bei denen nach Inkrafttreten der Novelle des Waffengesetzes mit nach diesem Gesetz nicht erlaubnispflichtigen Schußwaffen Körperverletzungen und Tötungen herbeigeführt worden sind?
6. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Vorschriften und Normen der Arbeitsgemeinschaft Druckbehälter (AD) der Bundesrepublik Deutschland für Primärkomponenten in Kernkraftanlagen von der Schweiz nicht anerkannt werden, und gedenkt die Bundesregierung, Folgerungen daraus zu ziehen?
7. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)	Inwiefern unterscheiden sich die schweizerischen von den bei uns gültigen Druckbehälter-Richtlinien, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls auf eine Angleichung hinwirken?
8. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Inwieweit hat die Bundesregierung die Praxis gebilligt oder daran mitgewirkt, die von Kreisverwaltungen in Rheinland-Pfalz neuerlich geübt wird, Ausländer, auch aus EG-Mitgliedstaaten, schon dann mit einer Ausweisung zu bedrohen, wenn sie wegen eines Verkehrsdelikts mit einer Strafe bis zu 300 DM bestraft wurden und diese Ausweisung gleichsam nur „zur Bewährung“ aussetzen?

9. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei den Ländern und ihren nachgeordneten Dienststellen darauf hinzuwirken, daß Ausländer aus der EG, zumal dann, wenn sie langjährig straffrei, dazu noch mit einer Person deutscher Staatsangehörigkeit verheiratet sind, nicht wegen vergleichsweise kleiner Delikte mit Ausweisung bedroht werden, oder besteht im Blick auf die Arbeitsmarktlage eine Anweisung für eine solche Maßnahme?
10. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Wie unterscheiden sich kriminalpolizeilicher Meldedienst, Kriminalstatistik und Strafverfolgungsstatistik?
11. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit die im Bundesdatenschutzgesetz enthaltenen Vorschriften zur Stärkung der Rechtsposition des betroffenen Bürgers auf breiter Basis zu erläutern, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls geplant?
12. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Plant die Bundesregierung, Forschungsmittel für die Entwicklung von Verfahren und Systemen der Datensicherung gemäß der in der Anlage zu § 6 des Bundesdatenschutzgesetzes aufgeführten Anforderungen zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

13. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Welche gesetzgeberischen Folgerungen wird die Bundesregierung aus dem Forschungsbericht des Hamburger Max-Planck-Instituts zum Konkursrecht ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

14. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, jedem Arbeitnehmer monatlich eine gewisse Zahl von Überstunden ohne zusätzliche Besteuerung zuzugestehen, um damit der Schwarzarbeit entgegenzuwirken?
15. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung dem Begehren der britischen Streitkräfte, eintägige Lande- und Startübungen des Senkrechtstarters Harrier im Naturpark Schwalm/Nette im Mai durchzuführen, nicht stattgeben?
16. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach den ehemaligen Bundesministern Bahr und Dr. Ehmke bundeseigene Wohngebäude zu Mieten überlassen werden, die unter den Mieten im sozialen Wohnungsbau liegen?
17. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß mit den ehemaligen Bundesministern Bahr und Dr. Ehmke Vereinbarungen bestehen, wonach die betreffenden Gebäude zu einem Vorzugspreis von den derzeitigen Mietern übernommen werden können?

18. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Wo in der Bundesrepublik Deutschland und in welchem Umfang ist die Bundesregierung verpflichtet, gegenwärtig und in absehbarer Zukunft zusätzliche Wohnungen für die Unterbringung von Angehörigen der Streitkräfte von Natopartnern am freien Wohnungsmarkt sicherzustellen, und kann der Bedarf durch das vorhandene Angebot gedeckt werden, oder ist die Errichtung neuer Wohnungen für diesen Zweck erforderlich?

19. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Hält es die Bundesregierung mit der Steuergesetzgebung im Einklang stehend, wenn Arbeitgeber die Zuweisung einer Werkswohnung davon abhängig machen, daß der künftige Mieter dem Arbeitgeber ein Darlehen in Höhe und zu den Bedingungen gewährt, zu denen der Arbeitgeber für die Werkswohnung ein Arbeitgeberdarlehen gegeben hat, obwohl der Arbeitgeber für dieses Arbeitgeberdarlehen Steuervergünstigungen in Anspruch genommen hat, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung im Wege der künftigen Gesetzgebung zu tun, um eine solche Praktik zu unterbinden?

20. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die italienische Regierung auf aus dem EG-Raum eingeführte Obstbranntweine mit geschützter Herkunftsbezeichnung (z. B. Schwarzwälder Kirschwasser) seit 15. März 1977 eine von 18 % auf 35 % erhöhte Mehrwertsteuer erhebt, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen eine derartige Diskriminierung dieser Produkte gegenüber den italienischen Erzeugnissen zu tun?

21. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Zielvorstellungen hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung der Deutschen Bundespost (nach den Ausführungen des Bundesfinanzministers am 21. April 1977 33 % des Kapitals) auch den privaten Unternehmen als Zielvorstellung für ihren eigenen Bereich zuzugestehen, und wird die Bundesregierung in ihrer Wirtschafts- und Steuerpolitik die entsprechende Konsequenz ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

22. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den allgemeinen Preiserhöhungen für Rohstoffe auf den Weltmärkten für Umfang und Tempo der heimischen Rohstoffprospektion und -erschließung insbesonders im Landkreis Tirschenreuth für Schwefelkies in Pfaffenreuth, für Uran in Mähring, für Kaolin in Gumpen, im Landkreis Neustadt/Waldnaab für Blei im Mantler-Forst bei Weiden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, neue Arbeitsplätze im Zonenrandgebiet mit seiner hohen Arbeitslosigkeit zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

23. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Darf nach derzeit geltenden gesetzlichen Grundlagen ein Trockenmilcherzeugnis mit 25 % Fett – aber stark erniedrigtem Eiweiß – und deutlich erhöhtem Milchzuckergehalt unter Verwendung von ca. 40 % Molkenpulver hergestellt und praktisch als Vollmilchpulver in den Verkehr gebracht werden, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine Änderung vornehmen?

24. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die verstärkte Produktion von Stärkezucker durch Mais (Isoklukose) Wettbewerbsnachteile für die deutschen Zuckerrübenanbauer entstehen und dadurch geschlossene Zuckerrübenanbaugebiete wie z. B. Franken in ihrer Existenz bedroht werden, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

25. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie verhält sich die Bundesregierung zu den diesbezüglichen Vorschlägen der EG-Kommission, welche eine auf zwei Jahre beschränkte Einbeziehung der Isoklukose in die EG-Zuckermarktordnung vorsehen?

26. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung steuerliche Maßnahmen zu ergreifen, um Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen, die dadurch entstehen, daß Isoklukose durch Verwendung von EG-subventioniertem Mais hergestellt wird?

27. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung in längerfristiger Hinsicht zu ergreifen, um die Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen, die zwischen dem Zuckerrübenanbau und der Isoklukoseproduktion bestehen?

28, Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

In welcher Höhe ist die Rodung von Obstbäumen in den letzten fünf Jahren durch die Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln gefördert worden, und ist gegebenenfalls eine weitere Förderung dieser Art für die Zukunft vorgesehen?

29. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Obstbäume eine Bereicherung der Landschaft darstellen und daß ihre Beseitigung ungünstige ökologische Wirkungen hat, und sieht sie Möglichkeiten, derartige landschaftsschädigende Maßnahmen zu stoppen und freiwerdende Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Landschaftsstruktur, z. B. zur Anlage naturgerechter Waldränder oder zur Pflege von Laubwaldbeständen, einzusetzen?

30. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung der Widerspruch zwischen der amtlichen Zulassung des Pflanzenbehandlungsmittels Tormona durch die Biologische Bundesanstalt einerseits und den durch den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen in der Öffentlichkeit geäußerten grundsätzlichen Bedenken gegen die Anwendung dieses Mittels andererseits bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine von der Biologischen Bundesanstalt ausgesprochene amtliche Zulassung davor zu schützen, daß sie durch eine ausführende Behörde in der Öffentlichkeit in Frage gestellt wird, und was gedenkt sie zu tun, um die im vorliegenden Fall geäußerten Zweifel auszuräumen?

31. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß durch die vom EG-Ministerrat beschlossene Beschränkung der bisherigen Interventionsgarantie bei Weizen auf einen 3-monatigen Zeitraum nach der Ernte Gefahren für die Markt- und Preisentwicklung entstehen, die auf Grund der zu erwartenden verstärkten Interventionsandienung in dieser Zeit noch vergrößert werden, und

sieht sie die Möglichkeit, noch vor Beginn der diesjährigen Ernte die EG-Kommission zu veranlassen, zur Stabilisierung des Weizenmarkts die obligatorische Intervention für Backweizen in den Monaten März, April und Mai 1978 zu beschließen?

32. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die zeitliche Begrenzung der Prämienregelung für die Nichtvermarktung von Milch und Umstellung auf die Rindfleischerzeugung bis zum 31. März 1978 zu einer ungesunden Entwicklung führt, weil infolge der Ungewißheit über die Fortsetzung der Maßnahmen die Milcherzeuger zu übereilten Entscheidungen veranlaßt werden, und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um ernsthafte Störungen auf den Rindfleischmärkten auf Grund des daher zu erwartenden verstärkten Angebots an Schlachtkühen zu verhindern?

33. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Wie soll nach Auffassung der Bundesregierung sichergestellt werden, daß die Landwirtschaft bei der Verwendung der von ihr selbst aufgebrauchten Mittel (Erzeugerabgabe auf die Milchproduktion) ein entscheidendes Mitspracherecht behält, und für welche Maßnahmen wird sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen in Rat und Kommission über die Verwendung der Mittel aus der Erzeugerabgabe einsetzen?

34. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das deutsche Backgewerbe vor einem ruinösen Wettbewerb durch Importe wesentlich billigerer französischer Backwaren zu schützen?

35. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Europäischen Gemeinschaft die Einbeziehung von Brot und Backwaren in den für Marktordnungswaren erhobenen Währungsausgleich zu beantragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

36. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung mit dem Militärlazarett in Donaueschingen vor, das die französischen Streitkräfte zum 30. September 1977 an den Bund zurückgeben werden?

37. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bald entscheiden, damit in Donaueschingen Klarheit besteht?

38. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, daß in der DDR unmittelbar hinter der Zonengrenze seit Anfang März dieses Jahres ungewöhnliche militärische Vorbereitungen wie z. B. militärische Sperrzonen, Truppenbereitstellungsräume mit Schußschneisen in Waldgebieten unter intensiver Absicherung gegenüber der Zivilbevölkerung getroffen werden, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Maßnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

39. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß entgegen dem erklärten Willen des Bundestages das Arzneimittelgesetz von der Exekutive nunmehr dahin ausgelegt wird, das Gesetz verlange auch für das Trocknen, Reinigen, Waschen, Mahlen, Zerkleinern und Mischen von Kräutern die Beschäftigung von akademisch vorgebildeten Herstellungs- und Kontrolleitern und unterwerfe die genannten Tätigkeiten einer Erlaubnispflicht, und was hat die Bundesregierung getan, um dem in den Gesetzesmaterialien eindeutig zum Ausdruck kommenden Willen des Gesetzgebers zur Geltung zu bringen?

40. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welchen Inhalt werden die nach dem § 57 Abs. 2 und dem § 58 Abs. 2 des Arzneimittelgesetzes zu erlassenden Verordnungen haben, und wann ist mit der Zuleitung der entsprechenden Entwürfe an den Bundesrat zu rechnen?

41. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Arbeiten an einer bundeseinheit-heitlichen Hygieneverordnung, und welche Gründe stehen einem baldigen Inkrafttreten im Wege?

42. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, durch das Steueränderungsgesetz 1977 – bei dem z. B. eine Zweikinderfamilie monatlich mit 28 DM mehrbelastet wird und andererseits nur eine Erhöhung des Kindergeldes um 10 DM erhält – trete „bei den kleinen Familien keine bedeutende Verbesserung", also immerhin eine Verbesserung, ein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

43. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung, nachdem sie in den letzten Jahren bereits zwei Bundesbehörden – die Oberpostdirektion Braunschweig und das Bundesbahnausbesserungswerk Braunschweig – aus Braunschweig abgezogen hat, nunmehr dafür sorgen, daß das Braunschweiger Wasser- und Schiffahrtsamt in der Stadt verbleibt?

44. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auf Grund der Wirtschaftsinteressen im Städtedreieck Braunschweig – Salzgitter – Wolfsburg das zentral zum Elbe-Seiten- und Mittelland-Kanal gelegene Wasser- und Schiffahrtsamt aus Gründen der Förderung der Wirtschaftskraft im genannten Bereich erhalten werden muß?

45. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Wann wird der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 45 neu, die von einer wachsenden Zahl von Verkehrsteilnehmern benutzt wird, nördlich Weiskirchens durchgeführt?

46. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Wann werden die seit Jahren bestehenden Pläne für eine flüssige Verkehrsführung der drei aufeinanderfolgenden Kreisel im Zuge der B 45, die sich immer mehr – besonders im Berufsverkehr – als Verkehrshindernis und Gefahrenpunkt erweisen, neu in Angriff genommen?

47. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

An welchen Strecken der Bundesautobahn sind Notrufsäulen noch nicht aufgestellt, und wann werden sie eingerichtet?

48. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die endgültige Aufgabe eines Schienenwegs oder eines Bahnhofsgeländes Veranlassung geben sollte, die drängenden Gemeinschaftsaufgaben zu fördern und daher solche Grundstücke an Gemeinden oder von ihnen bezeichnete Dritte für diesen Zweck zu veräußern?

49. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der Deutschen Bundesbahn zu empfehlen, die Eisenbahnstrecke von Aachen-Kornelimünster nach Aachen-Walheim sowie das Bahnhofsgelände von Aachen-Walheim, die nach Auskunft des Bundesbahnbetriebsamts Aachen nicht mehr für den Bundesbahnverkehr benötigt werden, zum Zwecke vordringlicher Gemeinschaftsaufgaben zu veräußern?

50. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Einleitung konkreter Baumaßnahmen zum Ausbau der B 248 und der A 39 zwischen den Nachbargroßstädten Wolfsburg und Braunschweig zu rechnen, nachdem hinsichtlich dieser dringend erforderlichen Verkehrsverbindung wiederholt Ausbauzusagen gegeben wurden, bisher aber kein Baubeginn erkennbar ist?

51. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen einer dringend erforderlichen Zwischenlösung die durchgängige Geschwindigkeitsbegrenzung auf der B 248 überprüfen zu lassen und dafür zu sorgen, daß gefahrlose Überholzonen eingerichtet werden, die das ausnahmslose Überholverbot von 30 km Länge sinnvoll auflockern?

52. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Kreise, Städte und Gemeinden profitieren von der neuen Regelung durch die Einrichtung der Regionalverkehrsgesellschaft Köln als Versuch mit dem Ziel, durch Zusammenarbeit von Bahn und Post eine günstige Führung zu erzielen, und kann man den Versuch der Errichtung dieser Regionalverkehrsgesellschaft als gescheitert betrachten, wenn man eine Verkehrsgesellschaft gründet mit dem Ziel, kostengünstiger zu arbeiten, jedoch innerhalb eines Jahrs feststellen muß, daß erhebliche Preiserhöhungen vorgenommen werden müssen?

53. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei solchen Preiserhöhungen die Öffentlichkeit bzw. die Presse oder sonstige Medien über die Größenordnung zu unterrichten, zumal im Bereich der gesamten Regionalverkehrsgesellschaft Köln bei kombinierten Monatskarten Preiserhöhungen zwischen 35 und 75 % erfolgt sind?

54. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele die Deutsche Bundesbahn benutzende Personen von den diskutierten Streckenstillegungen der Deutschen Bundesbahn in der Westpfalz (Kaiserslautern Hbf–Lauterecken-Grumbach, Kaiserslautern Hbf–Lampertsmühle-Otterbach, Lampertsmühle-Otterbach–Lauterecken-Grumbach, Homburg Hbf–Glan-Münchweiler, Glan-Münchweiler–Altenglan, Altenglan–Lauterecken-Grumbach, Lauterecken-Grumbach–Staudernheim, Pirmasens–Kaiserslautern Hbf) betroffen sein werden, bzw. ist die Bundesregierung bereit, eine derartige Untersuchung zu veranlassen?

55. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Mit welcher Begründung wurden die genannten Streckenabschnitte in den Katalog der stillzulegenden Strecken aufgenommen, und wie lassen sich nach Ansicht der Bundesregierung diese Maßnahmen mit der Notwendigkeit vereinbaren, gerade in benachteiligten Gebieten wie der Westpfalz Industriesiedlungen zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit zu erhalten bzw. zu fördern?

56. Abgeordneter **Peter** (SPD)

In welchem Umfang wird die Deutsche Bundesbahn die in der Ausbildungswerkstatt des Bundesbahn-Betriebswerks St. Wendel vorhandene Ausbildungsplatzkapazität im Jahr 1977 ausschöpfen?

57. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Auf welcher nachprüfbaren und zeitnahen Kosten-Nutzen-Analyse im Sinne der Erklärung des Bundesverkehrsministers vom 11. Dezember 1974 beruhen die hohen Aufwendungen für Planungen einer Intercity-Strecke Köln–Mannheim?

58. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung etwa schon vorhandene Erfahrungen (z. B. Verletzungsrisiko) bzw. die möglichen künftigen allgemeinen Gefahren auf Grund der zur Zeit rapid anwachsenden Zahl sogenannter skate boards (Bretter auf Rollschuhrädern), deren durchweg minderjährige Benutzer gerade in Großstädten auf Gehwegen und in Fußgängerzonen wie auch im Straßenverkehr bereits Belästigungen und Unfälle verursacht haben sollen, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

59. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Welche rechtlichen – z. B. zulassungsrechtlichen, verkehrsrechtlichen, ordnungsrechtlichen, haftungsrechtlichen und versicherungsrechtlichen – Fragen können sich gegebenenfalls für Benutzer bzw. geschädigte Dritte ergeben, wenn – wie Meldungen zeigen – demnächst auch motorbetriebene (und dadurch sehr verletzungs- und unfallträchtige) Rollbretter auf öffentlichen Verkehrsflächen auftauchen sollten, und sieht die Bundesregierung insoweit einen Anlaß zu einer gesetzgeberischen Initiative?

60. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sieht der Bund eine Möglichkeit, sich an dem Ausbau der Ingolstädter Landstraße in München (B 13) im Hinblick darauf finanziell zu beteiligen, daß diese Straße in großem Umfang von Bundeswehrfahrzeugen aus den anliegenden Kasernen benutzt wird?

61. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie ist das Genehmigungsverfahren für die Herausnahme eines Verkehrslandeplatzes aus der ADIZ, d. h. welche Dienststellen oder Behörden werden gehört bzw. müssen ihre Zustimmung geben, wenn ein Verkehrslandeplatz aus der ADIZ herausgenommen werden soll, und welche Dienststelle erteilt dann endlich die Genehmigung?

62. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß auf dem Rhein zunehmend Küstenmotorschiffe unter Billigflaggen (Zypern, Panama, Liberia, Singapur) verkehren, und daß inzwischen bereits 200 Einheiten dieses Typs festgestellt worden sind, die im direkten Rhein-See-Verkehr eingesetzt sind, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

63. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Erkennt die Bundesregierung an, daß die Stillegung der Bahnlinie Kempten–Isny für den Personenverkehr angesichts der Strukturschwäche des Raums Isny und besonders mit Rücksicht auf die zahlreichen Patienten, die zu ihrer Reise nach den Kuranstalten in Isny einschließlich Neutrauchburg auf das Verkehrsmittel Bundesbahn angewiesen sind, für diesen Raum zu einer raumordnungspolitisch nicht vertretbaren Beeinträchtigung und Schädigung führen würde, und wird sie gegebenenfalls daraus für das künftige Schicksal dieser Bahnlinie die erforderlichen Konsequenzen ziehen?

64. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Erkennt die Bundesregierung an, daß die Einstellung des Personenverkehrs auf der Bahnlinie Leutkirch–Bad Waldsee–Aulendorf angesichts der Strukturschwäche des von dieser Bahnlinie bedienten Raums und besonders mit Rücksicht auf die zahlreichen Patienten, die für ihre Reise vor allem nach den Kureinrichtungen in Bad Waldsee auf die Bundesbahn angewiesen sind, für diesen Raum und seine Gemeinden zu einer raumordnungspolitisch nicht vertretbaren Beeinträchtigung und Schädigung führen würde, und wird sie gegebenenfalls daraus für das künftige Schicksal dieser Bahnlinie die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen?

65. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist nach Ansicht der Bundesregierung gewährleistet, daß unbeschadet der Überlegungen zu Streckenstillegungen bei der Deutschen Bundesbahn die Deutschen Bundesbahn als Teilnehmerin der Internationalen Arbeitsgruppe für die Linie Antwerpen–Mönchengladbach–Düsseldorf an notwendigen Maßnahmen zur Intensivierung des Verkehrsaufkommens auf dieser Strecke mitwirken kann?

66. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Gehört zu den 6000 km Strecken im Personenverkehr, deren Stillegung der Bundesverkehrsminister angekündigt hat, auch die Bundesbahnstrecke Wiesbaden–Diez, und wann ist dann mit der Stillegung zu rechnen?

67 Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Welche Ersatzbeförderungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung im Falle einer Stillegung angesichts der Überlastung der in diesem Gebiet vorhandenen Straßen?

68. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Mit welchen finanziellen Aufwendungen und in welchen zeitlichen Abschnitten kann der einbahnige Bundesautobahnneubau vom Autobahnkreuz bei Singen bis zur schweizerischen Grenze bei Bietingen verwirklicht und damit der angestrebte Verkehrswert zum frühestmöglichen Zeitpunkt erreicht werden, und welche Planungs- und Baumaßnahmen sind noch für 1977 vorgesehen?
69. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung Ergebnisse schweizerischer Untersuchungen bekannt, daß man bei 400 beobachteten Verkehrsopfern in acht Prozent der Fälle nicht primär tödliche Verletzungen festgestellt hat, treffen diese Ergebnisse vergleichsweise auch für die Bundesrepublik Deutschland zu, und was sollte gegebenenfalls unternommen werden, um am Unfallort eine sachkundige erste Hilfe sicherzustellen?
70. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung Interventionen mit dem Ziel, daß in Zukunft im Straßenbau Bordsteine mit abgeschrägten Kanten verwendet werden, um u. a. Behinderten im Rollstuhl das Fahren zu erleichtern, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, dieses Ziel zu erreichen?
71. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Einvernehmen mit den Bundesländern auf die Gemeinden einzuwirken, daß an den Ortsenden Hinweisschilder auf die nächste Ortschaft und die Entfernung dorthin gebracht werden?
72. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, den Gemeinden die Kosten ganz oder teilweise zu ersetzen?
73. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Wie wirkt sich die Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebs mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen vom 16. August 1976 (BGBl. I S. 2216) in der Praxis aus, wonach laut § 1 auf Flugplätzen mit mehr als 20 000 Starts zeitliche Einschränkungen gelten, und sieht die Bundesregierung die mit dem Erlaß der Verordnung verbundenen Erwartungen als erfüllt an?
74. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Wird unter Umgehung des Willens des Gesetzgebers auf bisher schwächer frequentierte Flugplätze ausgewichen, um damit die zeitlichen Einschränkungen zu umgehen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
75. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	In welchem Ausmaß beabsichtigt der Bundespostminister, die Deutsche Bundespost zu einer weiteren Reduzierung von Poststellen auf dem Lande und dem Einsatz fahrbarer Postschalter zu veranlassen, und inwieweit sind davon die Landkreise Lüneburg, Uelzen und Lüchow/Dannenberg betroffen?
76. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Kräfte mit Aufstiegsprüfung bei der Deutschen Bundespost am 1. Januar 1977 vorhanden waren, die wegen fehlender Unterbringungsmöglichkeiten nicht in das Eingangsamt des mittleren, gehobenen oder höheren Dienstes befördert werden konnten?

77.	Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Wie lange warten diese Kräfte bereits auf ihre Beförderung, und wann ist mit der Einweisung dieser Kräfte in eine entsprechende Planstelle zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

78.	Abgeordneter **Schmitz** **(Baesweiler)** (CDU/CSU)	Stimmt die Bundesregierung mit mir überein, daß die im § 34 Abs. 1 des Bundesbaugesetzes verwendete Formulierung „. . . und es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung . . ." nicht dazu führen muß, daß die heute üblichen Geschoßhöhen auf die früher üblichen niedrigeren Geschoßhöhen oder die vorhandenen Geschoßhöhen reduziert werden müssen, weil damit eine Gewährleistung der heutigen „gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse" oft nicht mehr gegeben ist und dadurch eine Lückenschließung nicht mehr möglich würde, und will die Bundesregierung – bejahendenfalls – die Abstimmung mit den Länderministerien dergestalt erreichen, daß in allen Bundesländern nach einheitlichen Kriterien in der Auslegung des § 34 verfahren wird?
79.	Abgeordneter **Schmitz** **(Baesweiler)** (CDU/CSU)	Was will die Bundesregierung unternehmen, um die durch eine wie oben angesprochene Auslegung des § 34 des Bundesbaugesetzes zu erwartenden städtebaulichen Mängel zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

80.	Abgeordneter **Wimmer** **(Mönchengladbach)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß verstärkt durch kommunistische Organisationen zu stark verbilligten sogenannten Kinderferien in der DDR eingeladen wird, und in welchem Umfang werden dabei öffentliche Verkehrsmittel des Bundes zu welchen Konditionen benutzt?
81.	Abgeordneter **Wimmer** **(Mönchengladbach)** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welcher Weise eine Beeinflussung westdeutscher Kinder im Sinne kommunistischer Vorstellungen während der Kinderferien erfolgt?
82.	Abgeordneter **Schröder** **(Lüneburg)** (CDU/CSU)	Womit begründet die Bundesregierung die Maßnahme des Bundesministers Franke gegen den Ministerialdirektor Kreutzer, daß sich dieser unter Androhung disziplinarischer Maßnahmen jeglicher politischer Veröffentlichungen zu enthalten habe, und steht diese Maßnahme im Zusammenhang mit der Tätigkeit Kreutzers in der Fritz-Erler-Gesellschaft und/oder seiner Mitteilungen über den DDR-Vertreter Kohl an den SPD-Parteivorstand?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

83. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung von ihrem Gesetzgebungsrecht Gebrauch machen, um durch eine bundeseinheitliche Regelung den Anspruch auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmer für die Teilnahme an anerkannten Veranstaltungen sowohl der politischen Bildung als auch der beruflichen Weiterbildung sicherzustellen, und wenn nein, hält dann die Bundesregierung den Abbau der bestehenden Ungleichbehandlung der Arbeitnehmer in der Frage des Bildungsurlaubs in der Bundesrepublik Deutschland durch landeseigene Gesetze für durchsetzbarer?

84. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der ungleichen Handhabung des Bildungsurlaubs in den einzelnen Bundesländern eine Verletzung des Grundsatzes der Chancengleichheit für Arbeitnehmer, und wenn ja, für welchen Personenkreis und für welchen Zweck sollte dann Bildungsurlaub gewährt werden, und wie gedenkt die Bundesregierung, dieser Auffassung Rechnung zu tragen?

85. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach derzeit ca. 150 Angehörige des öffentlichen Dienstes ausschließlich damit beschäftigt sind, die Darlehenskonten im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zu führen?

86. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach der durch diese Darlehenskonten entstehende jährliche Personalaufwand ca. 4,5 Millionen DM beträgt, und – falls nein – wie hoch ist der Personalaufwand tatsächlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

87. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung auf der Hannover-Messe die Bezeichnung BRD statt Bundesrepublik Deutschland auf Schautafeln im Informationsstand des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit angewandt?

Bonn, den 6. Mai 1977